

Antrag

der Abgeordneten Mehmet Yildiz, Dora Heyenn, Norbert Hackbusch, Christiane Schneider, Kersten Artus, Tim Golke, Cansu Özdemir (DIE LINKE) und Fraktion

Betr.: Sofortpaket zum Ausbau der Ganztagsbetreuung im Rahmen von GBS

Am 1. August 2013 sollen weitere bis zu 70 Grundschulen als Ganztagschulen in der GBS-Variante an den Start gehen. Dann werden fast alle ehemaligen Horte in den schulischen Ganztags an den 204 Grundschulen umgesteuert sein. Die Fraktion DIE LINKE anerkennt, dass mit diesem Konzept erstmals alle Kinder bis auf das Mittagessen einen beitragsfreien Zugang zu Bildung und Betreuung von 8 bis 16 Uhr haben. Kritisch beurteilt unsere Fraktion allerdings die Ausstattung und Qualität dieser Initiative und die Art der Umsetzung des Ganztages durch den Hamburger Senat.

In den letzten Wochen hat es eine breite Welle der Kritik an der Umsetzung und an der Ausstattung der GBS-Standorte gegeben. Diese Kritik wird vor allem vom Landeselternausschuss und der Elternkammer vorgetragen, aber reicht auch in die Gewerkschaften und Verbände. Lehrer/-innen und Erzieher/-innen äußern gleichermaßen Kritik an den Bedingungen, unter denen sie dort arbeiten. Vor diesem Hintergrund sind die Arbeitsplätze an den GBS-Standorten schwerlich zu besetzen. Viele Stellen sind über Monate unbesetzt. Die Behörde hat schon reagiert und in geprüften Einzelfällen Personal mit anderen Qualifikationen an diesen Standorten zugelassen.

Die Fraktion DIE LINKE fordert vor diesem Hintergrund ein Sofortpaket zur besseren Ausstattung der Standorte und zur adäquaten Umsetzung von GBS, um die an sich guten Ideen des Ganztags und der Inklusion nicht zu diskreditieren beziehungsweise im schlimmsten Falle gegen die Wand zu fahren.

Eine große Baustelle ist der Um- und Neubau von Kantinen. Viele Schüler/-innen essen auf dem Flur, in den Klassenräumen oder in provisorisch zur Verfügung gestellten Containern. Diese Situation ist unzumutbar. Kinder sind keine Versuchskaninchen für eine überhastet eingeführte Reform. Die Mittel müssen in dem Maße zur Verfügung gestellt werden, wie der SPD-Senat die Einführung von GBS an den Standorten plant.

Auch die Qualität des Essens ist schlecht. Gemäß Drs. 20/5835 haben allein in der Zeit vom 1. Juli 2011 bis zum 4.12.2012 65 Anbieterwechsel von Caterern stattgefunden. Einige Caterer haben Insolvenz angemeldet. In den meisten Fällen stimmte die Qualität nicht. Die ‚Elbkinder‘ - Vereinigung Hamburger Kitas will bis zum 31.07.2014 mit ihren 37 Standorten aus der eigenen Essensversorgung der GBS-Standorte aussteigen, weil der Kostensatz von 3,50 Euro sich für ein gesundes Essen nicht rechnet. Das bedeutet, dass rund 6.000 Essen für die betroffenen Kinder auf andere Weise sichergestellt werden müssen. Zwischenmahlzeiten für Kinder, wie sie im früheren Hortsystem an den Kitas üblich waren, sind gar nicht mehr berücksichtigt. Der Senat ist aufgefordert, hier für mehr Qualität in Form von Produktionsküchen zu sorgen und den Essenssatz zu erhöhen, damit kostendeckend gearbeitet werden kann und die Betriebe Tariflöhne zahlen, von denen die Beschäftigten leben können. So eine Lösung würde auch die Gefahren von Massenerkrankungen von Kindern durch Großküchen, wie im letzten Jahr in Ostdeutschland vorgekommen, reduzieren.

Auch die pädagogische Situation ist, vor allem in Hinblick auf die Umsetzung inklusiver Bildung, an den bestehenden GBS-Standorten unbefriedigend. Inklusive Konzepte brauchen geeignete Rahmenbedingungen für ihre Umsetzung. Diese reichen von einer geeigneten Raumsituation und Ausstattung, die allen Kindern eine Teilhabe ermöglicht, über Fortbildung der Fachkräfte bis hin zur personellen Ausstattung. Die zur Verfügung gestellten Pauschalen betragen dabei weniger als die Hälfte der durchschnittlichen Förderung im Kita-Gutscheinsystem. Dies führt zu Überforderungen bei den Pädagoginnen, da die Mittel nicht ausreichen, um die Kinder ausreichend zu fördern. Hinzu kommt, dass für den großen Anteil der Kinder, die einen erhöhten Förderbedarf im Bereich Lernen, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung (LSE) haben, am Nachmittag keine Mittel zur Verfügung stehen. Hier ist unbedingter Handlungsbedarf angezeigt, und es ist sicherzustellen, dass nicht mehr als drei bis vier Inklusionskinder in jeder Gruppe sind.

In der Elternkritik ist auch deutlich geworden, dass es vorkommt, dass trotz Nichtvorliegen eines pädagogischen Konzeptes Eltern ihre Beteiligung am Ganztag erklären mussten. Da, wo dies geschehen ist, muss sichergestellt werden, dass die Konzepte den Eltern wenigstens nachträglich unaufgefordert vorgelegt werden. Qualität geht vor Tempo, sollte hier die Devise sein. Vor diesem Hintergrund finden wir es wichtig, dass eine kritische Evaluation der Entwicklung des Ganztages stattfindet, die sicherstellt, dass Schwachstellen erkannt werden, aus denen dann die entsprechenden Schlussfolgerungen und Handlungsansätze für Verbesserungen entwickelt werden können.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

in der Vertragskommission mit den Verbänden folgende Bereiche für den Landesrahmenvertrag GBS nachzuverhandeln mit dem Ziel:

1. die Mittel für den Kantinenneu- und -ausbau schneller zur Verfügung zu stellen und die Mittel für den Kantinenneu- und -ausbau zu erhöhen, um mehr Produktionsküchen zu schaffen;
2. den Kostensatz für das Essen auf 4,50 Euro wie im Kita-Gutscheinsystem anzuheben und zusätzliche Mittel für Getränke und Verpflegung zur Verfügung zu stellen, um Zwischenmahlzeiten im Früh- und Spätdienst zu ermöglichen und dies auch in der Ferienbetreuung sicherzustellen;
3. Ressourcen für Kinder mit Förderbedarf im Bereich Lernen, Sprache und emotionale Entwicklung (LSE-Kinder) auch am Nachmittag zur Verfügung zu stellen und sicherzustellen, dass nicht mehr als vier Inklusionskinder in den jeweiligen Gruppen an den entsprechenden GBS-Standorten sind;
4. sicherzustellen, dass nur Schulen in den Ganztag kommen, die auch pädagogische Konzepte vorgelegt haben;
5. sicherzustellen, dass nur Schulen den Ganztag umsetzen dürfen, die baulich gewährleisten, dass die entsprechend notwendigen Räume zur Verfügung stehen. Die Priorität muss da liegen, wo schon gebaut wird, um langfristige Dauerbaustellen zu vermeiden. Wenn schneller umgesteuert werden soll, müssen die Mittel schneller fließen;
6. sicherzustellen, dass auch Schulkinder, die noch nicht an dem schulischen Ganztag teilnehmen, im Rahmen des Kita-Gutscheinsystems einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz erhalten;
7. das Gebührenmodell für die Rand- und Ferienzeiten zu überarbeiten und dabei insbesondere für die Kinder, deren Eltern Hartz IV beziehen oder prekär beschäftigt sind (BuT-Kinder), Beitragsfreiheit herzustellen;
8. Mittel für eine umfassende Evaluation von GBS durch eine unabhängige wissenschaftliche Begleitung zur Verfügung zu stellen;
9. der Bürgerschaft bis zum 13.08.2013 Bericht zu erstatten.